

Köln, 1.10.2021

Betr.: „Wohnen für Alle“ in Köln

Sehr geehrte Ratsdamen,
sehr geehrte Ratsherren,

das erste Jahr der neuen Ratsarbeit und Konstituierung der Verwaltungsspitze ist beendet.

Zeit zu fragen, welche Verbesserung hat es beim drängendsten sozialen Problem gegeben:

„Wie finden z.B. die Leistungsträger*innen in der Pandemie eine angemessene und mit ihrem Einkommen bezahlbare Wohnung?“

Wo sind die baureifen Pläne einschließlich der zugehörigen Ausschreibungen für soziales Wohnen, die notwendigen Kindergarten- und Schulplätze?

Oberbürgermeisterin Reker hat im Wahlkampf geäußert: „Was kann ich dafür, wenn die Investoren im Wohnungsbau nicht investieren?“

Und auf den Hinweis, städtische/stadtnahe Gesellschaften stärker einzubinden auf Ihre angespannte Atmosphäre mit Herrn Ott verwiesen.

Ist es bei der Problematik nicht an der Zeit, persönliche Befindlichkeiten im Interesse einer Sachlösung zurück zu stellen?

Seit dem Start der neoliberalen Offensive mit „Privat vor Staat“ und „Staatsquote senken“ erleben wir den Niedergang von Handlungsqualität der Stadtverwaltung und für uns Bürger*innen immer weniger bezahlbaren Wohnraum.

Statt einem Hochbau- und Bauunterhaltungsamt haben wir seit dem eine GebäudeWIRTSCHAFT.

Die bisher –das zeigt die Verwahrlosung städtischer Gebäude- erwiesener Maßen schlecht „gewirtschaftet“, besser: gearbeitet hat.

Welche fähige Architekt*in kann ihre Arbeitsperspektive darin sehen, im Kern nur noch finanziell mangelhaft ausgestattete Reparaturarbeiten an bestehenden Gebäuden zu verwalten? Und das noch mit abgesenktem Gehalt.

Es waren politische Entscheidungen, die zu dem seit Jahrzehnten festgestellten Mangel an bezahlbaren Wohnungen geführt haben.

Nicht nur „Wohnen Wagen!“, sondern die Vielzahl von Leistungsträger*innen mit kleinem Gehalt erwarten, dass Sie diese Fehler korrigieren, Ihre Verantwortung für Bürger*innen wahrnehmen.

In dem das Planungsamt nicht mehr nur hauptsächlich Zulieferin für Spekulanten (heute Investoren genannt) ist, sondern die Kernaufgabe: PLANUNG von Wohnbauflächen einschließlich der erforderlichen Infrastruktur übernimmt. In dem fähige Architekt*innen eingestellt werden, die Schulgebäude, Wohnsiedlungen pp. entwerfen können, Ausführungspläne erstellen, Bauleitungen durchführen und Abrechnungen kontrollieren. Alternativ: freie Architekt*innen damit beauftragen, statt das Feld den Spekulant*innen zu überlassen.

Das Dilemma von „Gemeinwohl/Spekulation“ verdeutlicht der KStA Artikel: „Lange Prüfung eines Geschäftes“ (30.9.21)

Herr Greitemann spricht bei Pandion von einer „großen Chance für Köln“ und verwechselt etwas: die große Chance von Pandion auf einen satten Gewinn und einer kleinen Gruppe von Bürger*innen, die sich teure Mieten und ETWs leisten können mit dem Wohl des größten Teils der Kölner*innen.

Wenn mittlerweile seit Jahrzehnten das Defizit an bezahlbarem Wohnraum beklagt wird und sich nichts verbessert hat, ist es doch an der Zeit, das bisherige Handeln zu überprüfen, neu zu denken. Und sich daran zu erinnern, wann und wie die Stadt ihre Aufgaben im Wohnungsbau erfolgreicher gelöst hat.

Darum bitten wir Sie höflichst. Steuern Sie um.

Das Baudezernat muss wieder selber das Bauen planen und die Ausführung steuern.

Mit freundlichen Grüßen

Initiative „Wohnen Wagen!“